



Foto: GFSN

[Zur Person: Volkmar Zschocke](#)

Liebe Leserinnen und Leser,

unser Newsletter informiert regelmäßig über aktuelle sozial- und gesundheitspolitische Themen in Sachsen sowie ausgewählte GRÜNE-Initiativen im Landtag. Themen sind in diesem Newsletter sind:

- [Was mich bewegt](#)
- [Landtag debattiert über den Wert sozialer Arbeit](#)
- [Hebammen? Unverzichtbar! GRÜNE Hebammentour durch Sachsen](#)
- [Rückblick zum Fachgespräch „Herausforderungen des steigenden Crystal-Konsums in Chemnitz“](#)
- [Auf der Suche nach innovativen sozialen Projekten in Sachsen](#)
- [GRÜNE Initiative zur Unterstützung von DDR-Heimkindern in Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien erfolgreich](#)
- [GRÜNE kritisieren: Online-Beteiligungsportal für die Erarbeitung eines Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nicht barrierefrei](#)
- [Suizidrate in Sachsen ist die zweithöchste im Bundesvergleich](#)
- [Schulische Inklusion](#)
- [Freiwilligendienste - Bewilligungsbescheide für FSJ-Stellen viel zu spät](#)
- [Notarztversorgung in Sachsen - - Ist der Rettungsdienst binnen 10 Minuten am Einsatzort?](#)
- [Rechtliche Betreuung](#)
- [Impfschutz in Sachsen](#)
- [Termine](#)

Über Hinweise und Rückmeldungen zu den Themen freue ich mich.

Volkmar Zschocke

### **Was mich bewegt**

Oft werde ich gefragt: „Warum wurde denn der GRÜNE Antrag im Landtag abgelehnt?“ „Weil er von der Opposition ist“ muss ich da leider antworten. Ich weiß, dass eine solche Antwort Demokratieverdrossenheit befördert. Doch ständig höre ich von den Vertre-



Foto: GFSN

rinnen und Vertretern der CDU/SPD-Koalition, dass sie unsere sozialen Anliegen inhaltlich teilen, aber eben nicht unterstützen. Die Ausreden lauten dann: „Die Regierung macht das schon.“ oder: „Sie hat es vor.“ oder: „Dazu braucht es den GRÜNEN Antrag nicht.“

Fakt ist: die Ablehnung erfolgt sehr oft aus Prinzip. Für die Zustimmung zu einem Anliegen durch die Koalitions-Abgeordneten kommt es eben nicht auf Inhalt und Notwendigkeit an, sondern ausschließlich darauf, wer das Anliegen im Landtag einbringt. Ein aktuelles Beispiel: Als im Jahr 2011 die SPD die enormen Probleme Taubblinder zum Thema im Landtag machte, konnte sich die CDU nicht durchringen, den Antrag zu unterstützen, obwohl sie dafür war. Damals war die SPD in der Opposition. Jetzt ist die SPD Regierungspartner und hat im September 2015 ein fast gleichlautendes Anliegen mit der CDU in den Landtag eingebracht. Der dringende Handlungsbedarf für eine Gruppe von Menschen, die unter großen Problemen bei der Teilhabe leidet, wurde also um Jahre verschleppt, nur weil das Anliegen 2011 von der Opposition eingebracht wurde.

Dringende Anliegen von Menschen in schwierigen Lebenslagen sind einfach nicht geeignet für solche Spielchen. Ich hoffe und wünsche mir, dass der Landtag diese politische Unkultur überwindet.



Foto: eliola (pixabay)

[Redebeitrag: Gute Löhne für soziale Arbeit - Das allein reicht nicht!](#)

### Landtag debattiert über den Wert sozialer Arbeit

Im letzten Newsletter habe ich beschrieben, was mich bewegt, wenn ich über die Bedingungen in der sozialen Arbeit nachdenke. Im Juli hat der Landtag in einer aktuellen Debatte über die Arbeitsverhältnisse im Sozialbereich diskutiert.

Mein Fazit lautete: Gute Löhne für soziale Arbeit - ja, aber das allein reicht nicht: Gute Arbeitsbedingungen, langfristige Finanzierungsperspektiven, ausreichend Personal und gesellschaftliche Anerkennung gehören dazu.



Foto: GFSN

[Antrag: Ambulante Geburtshilfe und Hebammenversorgung in Sachsen sicherstellen](#)

[Redebeitrag: Die Haftpflichtproblematik trifft nicht nur die freiberuflichen Hebammen, sondern alle Familien in Sachsen](#)

[Redebeitrag: Dass zukünftig noch mehr Hebammen ihren Beruf aufgeben, gilt es zu verhindern](#)

[Pressemitteilung: Geburtshilfe in Sachsen sicherstellen](#)

## Hebammen? Unverzichtbar! Rückblick zu GRÜNEN Hebammentour durch Sachsen

Zum Internationalen Hebammentag am 5. Mai, gingen auch dieses Jahr deutschlandweit tausende Hebammen und Eltern auf die Straße. Sie fordern eine schnelle Lösung – auch von Seiten der Politik. Der Freistaat darf nicht zuschauen, wie die letzten Hebammen in Sachsen aufgrund der hohen Haftpflichtprämien gezwungen sind, ihren Beruf aufzugeben.

Ein Thema, das mir persönlich sehr am Herzen liegt. Für mich ist klar, wenn der Freistaat in dieser schwierigen Situation jetzt nicht gegensteuert, wird es bald keine Geburtshäuser, ausreichend Hebammen oder ambulante Geburten in Sachsen mehr geben.

Unser GRÜNER Antrag zur Rettung der ambulanten Geburtshilfe und Hebammenversorgung in Sachsen wurde zwar mit vielen netten Worten bedacht, aber mehrheitlich abgelehnt. Wenn die Koalition sich nicht gezielt mit dem Problem der Hebammenversorgung insgesamt und ihren Auswirkungen für Sachsen auseinandersetzt, werden alle Bemühungen, eine flächendeckende Versorgung zu sichern, scheitern.



Fachgespräch der GRÜNEN-Landtagsfraktion in Chemnitz,  
Foto: GFSN

[Redebeitrag: Sucht in Sachsen - Herausforderungen meistern - Prävention stärken](#)

[Rückblick: Fachgespräch Chemnitz](#)

[Pressemitteilung: Prävention und Bekämpfung des Crystal-Konsums - Wann](#)

## Rückblick zum Fachgespräch „Herausforderungen des steigenden Crystal-Konsums in Chemnitz“

„Suchtprävention“ war im Oktober Thema einer aktuellen Debatte im Landtag. Ich habe als Sozialarbeiter gesehen, was Alkohol bei Menschen, bei Familien anrichtet, bei Kindern, auch den Ungeborenen. In unserer Kultur werden Alkohol und eine Vielzahl weiterer Drogen konsumiert, viele Menschen verlieren dabei das Maß und werden abhängigkeitskrank. Den größten Hilfebedarf gibt es im Bereich legaler Drogen. Alkoholabhängige sind dabei die mit Abstand größte Betroffenenengruppe.

Es ist gut, dass die Koalition der Suchtprävention einen höheren Stellenwert als bisher einräumen möchte. Ich glaube auch, dass sie die Herausforderungen annimmt. Ob sie diese allerdings auch meistert, daran habe ich nach momentanen Erkenntnisstand meine Zweifel. Das zeigt sich deutlich bei der Droge Crystal. Der alarmierende Anstieg an Beratungsbedarf aufgrund des zunehmenden

[berichtet der Innenminister?](#)

[Pressemitteilung: Crystal-Bekämpfung - GRÜNE fordern Analyse der Ausstattungsdefizite](#)

[Kleine Anfrage: Crystal und Kinderschutz in Sachsen](#)

[Kleine Anfrage: Projekte zur Etablierung und Verstetigung von Angeboten der ambulanten Suchthilfe und -prävention für spezifische Zielgruppen wie Crystal-Konsumenten](#)

[Kleine Anfrage: Ergebnisse der interministerielle Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Droge Crystal](#)

[Kleine Anfrage: Anzahl der Polizeikräfte im Bereich der Rauschgiftkriminalität/Drogenprävention](#)

[Kleine Anfrage: Polizeiliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Droge Crystal im Rahmen des 10-Punkte-Plans „Sachsen gegen Drogen“](#)

den Crystal-Konsums stellt Sachsens Suchthilfesystem vor enorme Herausforderungen. Crystal ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Suchtberatungs- und Behandlungsstellen, Einrichtungen der Familienberatung, der Kinder- und Jugendhilfe, Schulen, Krankenhäuser, Polizei sind mit den Auswirkungen des steigenden Konsums konfrontiert. Der rapide Anstieg von Crystal-Konsumentinnen und -konsumenten bewirkt angesichts der begrenzten Kapazitäten der Suchtberatungs- und -behandlungsstellen eine Verdrängung anderer Suchtkranker aus dem Suchthilfesystem.

In Bezug auf Crystal Meth hat die Koalition im 2014 vorgelegten 10-Punkte-Plan, verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung der Droge angekündigt. Die Staatsregierung betont dabei stets drei Säulen: „Prävention durch Information“, „Beratung und Behandlung“ sowie „Repression“ .

Um einen Zwischenstand bei der Bekämpfung von Crystal zu erfahren, habe ich im Sommer mehrere Kleine Anfragen gestellt. Mein Zwischenfazit: Die Umsetzung des 10-Punkte-Plans gegen Crystal ist nach eineinhalb Jahren noch keine Erfolgsgeschichte. Ankündigungspolitik reicht im Kampf gegen Crystal nicht aus. Suchtberatung und -behandlung braucht langfristige Perspektiven. Nur so werden umfassende, kontinuierliche Hilfen im Sozial- und Gesundheitsbereich möglich sein.

[Pressemitteilung: GRÜNE Innovationstour beim „Integrationshotel Leipzig“](#)

[Innovationstour in Chemnitz](#)



Aquaponik-Projekt in Chemnitz; Foto: GFSN

**Auf der Suche nach innovativen sozialen Projekten in Sachsen**

Die Innovationstour der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag führte mich neben Zwickau, Görlitz, Dresden, Freiberg auch nach Leipzig zum Projekt 'Integrationshotel Leipzig' des Berufsbildungswerks. Mich begeisterte das Vorhaben, in der Philippus-Kirche, ein integratives Hotel und Restaurant zu eröffnen. Bei dem Gespräch mit den Initiatoren konnte ich spüren, dass für sie Inklusion nicht nur eine Worthülse ist, sondern gelebt wird. Solche Projekte sind zukunftsweisend und beispielhaft. Sie beleben den Stadtteil, sie beziehen ganz verschiedene Menschen ein.

Fischzucht und Gemüsebau mitten in Chemnitz? Das geht! Im Fachjargon heißt das 'Aquaponik'. Das Prinzip der Versuchsanlage: Das im Rahmen der Karpfenzucht anfallende, mit Ausscheidungen versetzte Wasser versorgt in einem benachbarten Ge-



Philippus-Kirche; Foto: GFSN

wächshaus, Gurken-, Paprika-, Tomaten- und Erdbeerpflanzen mit Nährstoffen. Hat das Wasser die zum Teil in Plastikrohren eingesetzten Pflanzen passiert, fließt es als Quasi-Frischwasser wieder zurück in den Fischbottich – und der Kreislauf beginnt von vorn. Damit werden bis zu 80 Prozent an Wasser gegenüber herkömmlicher Fischzucht und Landwirtschaft gespart. Gleichzeitig entwickelt das Projektteam Vorstellungen zur beruflichen Integration behinderter Menschen in dieser Anlage.



Foto: GFSN

### **GRÜNE Initiative zur Unterstützung von DDR-Heimkindern in Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien erfolgreich**

Auf Initiative unserer Fraktion, hat der Sächsische Landtag Maßnahmen beschlossen, um das Leid ehemaliger Heimkinder in Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien in der DDR aufzuarbeiten und anzuerkennen.

Viele ehemalige Heimkinder in Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien zu DDR-Zeiten haben gelitten. Berichte von menschenunwürdigen Maßnahmen und Unterbringungen liegen vielfach vor und erschüttern. Das Leid dieser Betroffenen wurde bis heute nicht öffentlich anerkannt. Sie wurden bei der Einrichtung des Heimkinderfonds schlichtweg vergessen! Auch Sachsen muss seinen Beitrag dazu leisten, dass diese Ungleichbehandlung schnell beendet wird. Für mich ist völlig klar, dass diejenigen, die in Einrichtungen Zwang, Unrecht und Leid erleben mussten, nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Deshalb setzen wir Bündnisgrüne uns für die Schaffung eines Fonds ein. Außerdem hat der Landtag mit diesem Antrag Sozialministerin Klepsch beauftragt, den ostdeutschen Ländern vorzuschlagen, eine wissenschaftliche Studie zur Aufarbeitung in Auftrag zu geben.

[Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD: Das Leid ehemaliger Heimkinder in Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien in der DDR aufarbeiten und anerkennen](#)

[Redebeitrag von Volkmar Zschocke zum Antrag](#)

[Pressemitteilung: GRÜNE Initiative zu DDR-Heimkindern erfolgreich](#)

[Kleine Anfrage: Entschädigung für Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie in den Jahren 1949 bis 1990](#)

25 Jahre Wiedervereinigung ist nicht nur ein Grund zu feiern - es muss auch Anlass sein, DDR-Unrecht klar zu benennen, erlittenes Leid anzuerkennen und öffentlich aufzuarbeiten.



Foto: GFSN

### **GRÜNE kritisieren: Online-Beteiligungsportal für die Erarbeitung eines Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nicht barrierefrei**

Das Online-Beteiligungsportal soll dazu dienen Bürgerinnen und Bürger bei der Erstellung des Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einzubeziehen. Ob die Sachsen dieses Mittel nutzen werden, wird sich zeigen.

Es kommt nun auf die Anstrengungen der Staatsregierung an, das Portal zu bewerben. Ich frage mich, warum das Ministerium gar keine Texte in leichter Sprache auf der Homepage platziert hat. Für Menschen mit kognitiven Einschränkungen ist das eine Barriere. Der Beteiligungsprozess verliert damit an Glaubwürdigkeit. Hier muss nachgebessert werden.



Foto: Martin Jäger / pixelio.de

### **Suizidrate in Sachsen ist die zweithöchste im Bundesvergleich**

Selbsttötung ist immer noch ein tabuisiertes Thema, Suizidgefährdung wird oft nicht erkannt. Die Sozialministerin muss kritisch prüfen, ob die Präventionsangebote in Sachsen tatsächlich die Menschen erreichen, die ein erhöhtes Suizidrisiko haben.

[Pressemitteilung: Suizidrate in Sachsen ist die zweithöchste im Bundesvergleich](#)

[Kleine Anfrage: Suizidraten und Suizidpräventionsmaßnahmen in Sachsen](#)

[Ein Leserbrief von Annelie Wagner](#)

Die Statistik gibt mir in meiner Forderung recht: im Jahr 2013 haben sich 664 Menschen in Sachsen das Leben genommen. Nach einem leichten Rückgang 2012 wurde leider wieder das Niveau von 2011 erreicht.

Bei der Betrachtung der Einzelfälle ist mir aufgefallen, dass die Suizidfälle im Alter deutlich zunehmen und mit Renteneintritt nochmals ansteigen. Wir brauchen deshalb mehr Aufmerksamkeit für alte Menschen, die nicht mehr leben wollen.

[Pressemitteilung „Schulische Inklusion – Sachsen war schon weiter!“](#)

[GRÜNER Antrag "Schulische Inklusion umsetzen – Fortgeschriebenen Aktions- und Maßnahmenplan vorlegen"](#)

[fraktionsübergreifender Beschluss](#)

### **Schulische Inklusion**

Wir waren schon weiter! Ich fordere mehr Einsatz bei der Umsetzung der Inklusion in sächsischen Schulen. Meiner Meinung nach krankt die Realisierung der Inklusion nicht an mangelnder Expertise, sondern am politischen Willen.

["Integration und Inklusion im sächsischen Schulwesen" in der 5. Legislatur](#)

["Erster Aktions- und Maßnahmenplan zur Umsetzung von Art. 24 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen"](#)

Sechs Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention ist es nicht zu vertreten, wieder und wieder von vorne zu beginnen und bereits Erreichtes in Frage zu stellen, um Zeit zu gewinnen.

[Pressemitteilung: Drei Wochen vor dem Beginn des Freiwilligen Sozialen Jahres 2015/16 wissen 30 Trägervereine nicht, wie viele FSJ-Stellen befürwortet werden](#)

[Kleine Anfrage: Förderung von Freiwilligendiensten](#)

[Kleine Anfrage: Förderung von Freiwilligendiensten: Freiwilliges Soziales Jahr](#)

### **Bewilligungsbescheide für FSJ-Stellen viel zu spät**

Drei Wochen vor dem Beginn des Freiwilligen Sozialen Jahres 2015/16 wussten 30 Trägervereine nicht, wie viele FSJ-Stellen befürwortet werden. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen doch aber eher erfahren, ob sie am 1. September starten können oder nicht! An einem FSJ hängen nicht nur Projekte der Träger, sondern Lebensplanungen junger Menschen. Ihnen am Tag des Beginns sagen zu müssen, dass es nun leider nicht klappt, wäre mehr als unsensibel. Die verzögerte Antragsbearbeitung hing lange Zeit wie ein Damoklesschwert über den Projekten. Grund für mich, das Regierungshandeln in diesem Bereich mittels Kleiner Anfragen zu kontrollieren.

[Pressemitteilung: Ist der Rettungsdienst binnen 10 Minuten am Einsatzort?](#)

[Kleine Anfrage: Notarztversorgung in Sachsen](#)

### **Notarztversorgung in Sachsen - Ist der Rettungsdienst binnen 10 Minuten am Einsatzort?**

Das Rettungsdienstgesetz in Sachsen sieht eine Hilfsfrist von zehn Minuten vor. Diese Vorgabe ist erfüllt, wenn 95 Prozent der Einsatzfahrzeuge binnen 12 Minuten am Einsatzort eintreffen. So weit die Theorie. Ich wollte von der Staatsregierung wissen, ob die Vorgabe in der Praxis umgesetzt wird. Viel habe ich auf meine Kleine Anfrage mangels aussagefähiger Zahlen allerdings nicht erfahren.

[Redebeitrag: Zuerst sollte man durch bessere Rahmenbedingungen und Strukturen den Bedarf an rechtlicher Betreuung mindern](#)

### **Rechtliche Betreuung**

Die rechtliche Betreuung durch BerufsbetreuerInnen ist ein Konstrukt, das geschaffen wurde, um das Auseinanderdriften von Familien mit der fatalen Folge des „Sichnichtmehrumeinanderkümmerns“ zu kompensieren.

Doch wäre eine rechtliche Betreuung nicht vermeidbar, wenn die Rahmenbedingungen und Strukturen besser angepasst wären? Empfehlenswert sind z. B. gemeindenahe Anlaufstellen, die über

sämtliche sozialrechtliche Ansprüche barrierefrei informieren und daneben Hilfestellung bei der Antragstellung anbieten.

[Pressemitteilung: Impfpflicht? GRÜNE fordern Versachlichung der Debatte](#)

[Kleine Anfrage: Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Gesundheitsdiensts beim Impfschutz in Sachsen](#)

[Kleine Anfrage: Aufnahme ungeimpfter Kinder in Tageseinrichtungen](#)

### Impfschutz in Sachsen

Um die Impfbereitschaft der Bevölkerung weiter zu erhöhen, ist es notwendig, dass die Impfberatung in allen Kindervorsorgeuntersuchungen verbessert wird. Zudem muss der öffentliche Gesundheitsdienst gestärkt werden. Durch eine bessere Ausstattung der Gesundheitsämter mit (Beratungs-)Personal, könnten diese z.B. auf Elternabenden von Kitas und Schulen über die Vor- und Nachteile des Impfens aufklären und dabei nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern erreichen. Außerdem brauchen Menschen mit Migrationshintergrund Unterstützung, wenn der Impfschutz im Herkunftsland nicht erlangt wurde. Eine bessere zielgruppenspezifische Aufklärung ist das richtige Mittel statt der Zwang zur Impfung.



9. Sächsischer

Klimakongress der GRÜNEN-Landtagsfraktion "Konflikte im Klimawandel", Foto: GFSN

### Termine

Am **12. November** lade ich Sie und Euch zu einem weiteren **Fachgespräch mit dem Titel „Neue Ansätze zur Bekämpfung der Droge Crystal in Sachsen“** nach Oschatz ein. Mehr Informationen dazu [hier](#).

Am **26. November** zeigt die GRÜNE-Landtagsfraktion den **Dokumentarfilm „Einsame Geburt - Hebammen in Not“** (PARPAR Production) im Weltecho in Chemnitz. Der Film beschäftigt sich mit der Haftpflichtproblematik freiberuflicher Hebammen in Deutschland und deren Auswirkung auf die Hebammenversorgung vor Ort. Im Anschluss werde ich GRÜNE landespolitischen Lösungsansätze vorstellen und mit Gästen aus der Geburtshilfe, von Krankenkassen, Kinder- und Frauenärztinnen und Eltern diskutieren. Der Eintritt ist frei. Mehr Informationen dazu [hier](#).

Am **28. November** geht der mittlerweile **9. Sächsische Klimakongress** der Frage nach, wo und wie "Konflikte im Klimawandel" ent- bzw. bestehen. In den Foren am Nachmittag wollen wir mit Ihnen über internationale Freihandelsabkommen, kommunale



Konfliktfelder, klimabedingte Migration und fossile Risiken für öffentliche Finanzanlagen und Sicherungssysteme diskutieren. Der Eintritt ist frei. Mehr Informationen dazu [hier](#).

**Am 30. November, 10 Uhr**, findet im Sächsischen Landtag eine öffentliche **Anhörung zum GRÜNEN Antrag „Palliativ- und Hospizversorgung in Sachsen weiterentwickeln“** (Drs. 6/1872) statt. Interessierte können kostenlos teilnehmen.

Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
[www.gruene-fraktion-sachsen.de](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de)

Volkmar Zschocke  
Sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher  
Telefon: 0351 / 493 48 50  
Telefax: 0351 / 493 48 09  
E-Mail: [volkmar.zschocke@slt.sachsen.de](mailto:volkmar.zschocke@slt.sachsen.de)  
[www.volkmar-zschocke.de](http://www.volkmar-zschocke.de)

Tina Siebeneicher  
Parlamentarische Beraterin für Kinder und Jugend, Familie, SeniorInnen, Soziales und Gesundheit  
Telefon: 0351 / 493 48 26  
[tina.siebeneicher@slt.sachsen.de](mailto:tina.siebeneicher@slt.sachsen.de)

Anne Kobes  
Parlamentarische Beraterin für Menschen mit Behinderung  
Telefon: 0351 / 493 48 27  
E-Mail: [anne.kobes@slt.sachsen.de](mailto:anne.kobes@slt.sachsen.de)

V.i.S.d.P.: Tina Siebeneicher, Anne Kobes

Abonnement und Abbestellung des Newsletter unter:  
[tina.siebeneicher@slt.sachsen.de](mailto:tina.siebeneicher@slt.sachsen.de)